

Soziale Lage in Solingen

Migrationsberatung bangt um Finanzierung

Solingen · Steigender Bedarf, aber sinkende Mittel aus dem Bundeshaushalt treiben die Träger des Integrationsangebots um. Was das für Solingen bedeutet, erklären Vertreter der Wohlfahrtsverbände.



Sorgenvoller Blick in die Zahlen (v.l.): Fariha Ertem, Sinem Kilic, Ulrike Kilp, Dr. Christoph Humburg, Micha Thom.

Foto: Alexander Riedel

Wenn öffentlich über Migration diskutiert wird, geht es in letzter Zeit oftmals um Menschen, die in näherer Zukunft ins Land kommen werden oder nach geltender Rechtslage wieder gehen müssten – weniger aber um die Perspektive all jener, die langfristig bleiben. Letztere zu verbessern ist das erklärte Ziel der Migrationsberatung.

Wohnungssuche, Sprachkurse, Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Behördengänge, Kita- und Schulplätze für den Nachwuchs – die Liste der Anliegen der Hilfesuchenden sei lang, betont etwa Fariha Ertem, Fachbereichsleiterin „Migration“ bei der Arbeiterwohlfahrt (Awo) in Solingen. Manches Mal müsse man bei der behördenunabhängigen Beratung regelrechte Machtkämpfe mit der Bürokratie ausfechten, ergänzt wiederum Awo-Migrationsberaterin Sinem Kilic.

Uwe Bemann, Berater beim Caritasverband Wuppertal / Solingen, berichtet wiederum von Erfolgserlebnissen seiner Arbeit: So habe er zum Beispiel eine Gruppe von Syrern betreut, die im Zuge der Flüchtlingswelle 2015 / 16 in der damaligen Sammelunterkunft im früheren Hallenbad an der Sauerbreystraße untergekommen war. Anfangs ohne jegliche Sprachkenntnisse in Deutschland angekommen hätte so mancher davon mittlerweile eine Ausbildung gestartet und sei inzwischen gut integriert, hebt er hervor.

Awo, Caritas und Diakonie teilen sich in Solingen die Erwachsenenberatung – hinzu kommt der Jugendmigrationsdienst, den der Internationale Bund (IB) betreibt. Gemeinsam berichten sie von einem ansteigenden Beratungsbedarf – und verweisen auf Zahlen, die die Effektivität der Angebote belegen sollen: Bei Ratssuchenden aus Syrien und dem Irak etwa sei die SGB II-Bezugsquote zwischen 2016 und 2022 von anfangs über 70 auf 30 Prozent gesunken,

berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. 60 Prozent der einstigen Leistungsbezieher ging demnach im Jahr 2022 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach.

„Wir sind erfolgreich“, beteuert auch Micha Thom vom Internationalen Bund (IB). Viele Menschen kämen aus eigenem Antrieb, nachdem sie sich durch Mund-zu-Mund-Propaganda oder über das Internet über die Angebote schlau gemacht hätten, andere seien über die Ausländerbehörde oder das Jobcenter auf die Beratung aufmerksam geworden.

Das Problem: Der Bund, der die Migrationsberatung fördert, hat den Rotstift angesetzt. Im Jahr 2024 sank die bundesweite Förderung für die Erwachsenenberatung von 81,5 auf 77,5 Millionen. Schon letztere Summe sei angesichts der Kostenentwicklung zu wenig, betont Ulrike Kilp, Geschäftsführerin des Diakonischen Werks. Und angesichts der Vorgaben zur Einhaltung zur Schuldenbremse befürchten die sozialen Träger weitere Kürzungen.

Die Jugendmigrationsdienste wurden zuletzt mit knapp 69 Millionen Euro gefördert. Die notwendige Fördersumme, um bei gestiegenen Personal- und Sachkosten dem wachsenden Bedarf Rechnung zu tragen, beziffern die Träger aber auf 77,4 Millionen Euro. Die Auswirkungen der jüngsten Mittelkürzungen rechnen die Vertreter der Verbände auch explizit für Solingen vor: So habe zum Beispiel der Jugendmigrationsdienst, der im Jahr 2023 277 Menschen unter anderem aus Ländern wie Syrien, dem Irak und Afghanistan, der Ukraine, aber auch aus Italien beriet, aus drei Stellen 2,4 machen müssen: Mindestens 50 Ratssuchende weniger könnten als Folge davon Unterstützung finden – für Micha Thom eine „fatale Entwicklung.

Solingen, betont derweil Caritasdirektor Dr. Christoph Humburg, sei „zurecht stolz darauf, eine Integrationsstadt zu sein.“ Die Beratung sei eine „Basis der Migrationsarbeit. Ohne derartige Angebote sehen die Träger nicht zuletzt auch sozialen Frieden und Zusammenhalt gefährdet – und wenden sich direkt an die Politik. So habe man in Gesprächen mit den Solinger Bundestagsabgeordneten darauf hingewiesen, was es bedeuten würde, sich nicht für eine auskömmliche Finanzierung dieses Bereichs einzusetzen, sagt Humburg. Weitere Kürzungen, warnt wiederum Fariha Ertem, „könnten gewachsene Strukturen zerschlagen.“